



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.12.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:57 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Hermann Kühnapfel

Ordentliches Mitglied

Helmut Heinen

Thomas Blanke

Mathias Buttler

Stefan Christ

entschuldigt

Beata Czech

Thomas Czesky

Detlef Gurczik

Markus Herrmann

entschuldigt

Peter Hummer

René Just

Wilfried Käthe

Detlef Klucke

Torsten Kniesigk

Janine Küchenmeister

Edgar Leisten

Martina Leisten

entschuldigt

Norbert Magasch

Olaf Manthey

Marko Njammasch

Carsten Preuß

Sven Reimer

Reinhard Schulz

Steffen Sloty

Rolf von Lützow

Matthias Wilke

entschuldigt

Wolf-Dieter Wollgramm

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Amtsleiter(in) Rechts- und Personalamt

Raimund Kramer

Protokollant(in)

Robert Gottlick

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2022
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung
- 9 Beschlussvorlagen
- 9.1 Offenlagebeschluss für den Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Zossen
- 9.2 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf
- 9.3 Befreiung von den Festsetzungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Töpchiner Weg"
- 9.4 Antrag der Fraktion Plan B – BVB/FW vom 27.10.2022 112/22
eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.10.2022: Änderung der Geschäftsordnung zum Thema Rederecht für Ortsvorsteher der Stadt Zossen
- 9.5 Antrag der Fraktion VUB-WK/ Bündnis 90 – Die Grünen/ CDU 128/22
vom 26.11.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen am 28.11.2022: Änderungsantrag zum Antrag 116/22 „Schulgarten mal anders“
- 9.6 Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 07.12.2022 116/22/01
eingegangen bei der Stadt Zossen am 29.11.2022: Antrag auf Schaffung eines Schulgartens „mal anders“
- 9.7 Antrag der Fraktion Die Linke/ SPD vom 07.11.2022 123/22
eingegangen bei der Stadt Zossen am 10.11.2022: Ehrenamtliche Untertstützung der Kita-Erzieher*Innen bei der Beaufsichtigung der Kinder
- 9.8 Antrag der Fraktion Die Linke /SPD vom 10.11.2022 124/22
eingegangen bei der Stadt Zossen am 10.11.2022: Verbesserung der Raumakustik im großen Saal des Bürgerhauses Wünsdorf
- 9.9 Antrag der Fraktion VUB-WK/ Bündnis 90 – Die Grünen/ CDU 129/22
vom 28.11.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen am 28.11.2022: Antrag zur Schulwegsicherung Bushaltestelle Motzener Straße/Ringstraße im OT Kallinchen
- 10 Sitzungskalender 1. Halbjahr 2023
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Kühnapfel, um 19:10 Uhr eröffnet.

2 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kühnapfel stellt fest, dass von den 27 Stadtverordneten (zuzüglich Frau Şahin-Schwarzweiler) 20 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

Folgende Stadtverordnete nehmen online an der Sitzung teil:

Herr Gurczik

3 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Reimer beantragt, den TOP 9.8 vor dem TOP 9.5 zu behandeln.

Abstimmung: 13 / 4 / 3

4 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2022**

Die Niederschrift vom 07.12.2022 liegt noch nicht vor.

5 **Bericht aus der Verwaltung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Schwarzweiler kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

- I. Buslinien
- II. Fördermittel
- III. Weihnachtsmarkt

19:13 Uhr erscheint Herr Preuß zur Sitzung,

19:18 Uhr erscheint Herr Manthey zur Sitzung,

19:20 Uhr Herr Sloty nimmt online an der Sitzung teil,

Es sind 23 Stadtverordnete anwesend.

6 **Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

Der Bericht zu den Sitzungen der Zweckverbände wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten und Ortsvorsteher elektronisch versandt und zusätzlich in gedruckter Form vor der Sitzung verteilt.

Herr Kramer informiert zusätzlich zum verteilten Bericht, dass es bei der DNWAB Personalkostensteigerungen sowie massive Energiekostensteigerungen gab. Der KMS hatte es bisher geschafft, die KWh bei 4,0 Cent beim Versorgungsunternehmen zu bekommen, jetzt liegt dieser Preis bei 30 Cent.

Herr Just bittet zu prüfen, ob die Strompreisdeckel nicht auch bei dieser Kostensteigerung greifen müsste.

Herr Kramer wendet ein, dass zum Zeitpunkt der Vorkalkulation noch keine gesetzliche Grundlage für die Strompreisdeckel existierte und diese somit nicht in die Kalkulation einfließen durfte. Im Rahmen einer Nachkalkulation werden solche Kosten jedoch berücksichtigt.

Herr von Lützwow: Bei den Kläranlagen in Zossen und Wünsdorf kommt es ab 18:00 Uhr regelmäßig zu starken Geruchsbelästigungen. Kann es sein, dass ab 18:00 Uhr die Pumpen dort regelmäßig abgestellt werden?

Herr Kramer: Die Frage wird auf der nächsten Zweckverbandsversammlung von ihm oder Herrn Manthey gestellt werden. Die Kläranlagen fahren nach wie vor an ihren Kapazitätsgrenzen. Frau Nikolaus wird sicherlich eine technisch versierte Erklärung geben können.

7 Einwohnerfragestunde

Frau Schreiber: Auf der letzten Einwohnerfragestunde in der SVV zum Thema KMS hatte die Hauptverwaltungsbeamtin geäußert, dass Volksinitiative der Freien Wähler zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einen Anteil gehabt habe an der Entscheidung des OVG zu den Erschließungsbeiträgen des KMS. Möchten Sie diese Äußerung zurücknehmen und sich für diese Unterstellung entschuldigen?

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die Aussage wurde so nicht getätigt, sondern von Frau Schreiber interpretiert, deshalb ist eine Entschuldigung auch nicht erforderlich.

8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Herr Klucke kündigt an, eine Liste mit offenen Anfragen zu übergeben und legt diese der Hauptverwaltungsbeamtin vor.

Frau Şahin-Schwarzweiler weist darauf hin, dass für den nichtöffentlichen Teil die Beantwortung mehrerer Anfragen vorgesehen sind und die Anfragen bereits mehrfach beantwortet wurden. Herr Klucke zieht sein Schreiben nicht zurück. Daraufhin vernichtet Frau Şahin-Schwarzweiler das Schriftstück.

Frau Küchenmeister: Es gab einen Protokollauftrag, die rechtliche Stellungnahme zur Besetzung der Stelle der Stadtwehrführung vorzulegen. Bis wann kann mit dieser Stellungnahme gerechnet werden?

Frau Şahin-Schwarzweiler: Sie können sich die Stellungnahme gerne hier anschauen. Diese Möglichkeit bestand auch schon auf der letzten Sitzung der SVV. Leider haben Sie diese Möglichkeit bis dato nicht wahrgenommen.

Herr Buttler: Herr Juricke versucht mit seinen Beinbewegungen die Leute zu provozieren. Auch Frau Schreiber provoziert permanent. Er weist darauf hin, dass heute Abend drei Smartboards in der Gesamtschule nach Unterrichtschluss nicht ausgeschaltet wurden.

Herr von Lützwow: Die Weihnachtsmärkte sollten so aufeinander abgestimmt werden, dass sie zu unterschiedlichen Zeiten an gleichen Tagen stattfinden, damit die Leute die Möglichkeit haben, mehrere Märkte zu besuchen.

Herr Reimer bedankt sich im Namen seiner Fraktion für den sehr gelungenen Weihnachtsmarkt. Ebenfalls bedankt sich die Fraktion für die Arbeit der Akquisition der Fördermittel für Wünsdorf.

Herr Klucke fragt Frau Şahin-Schwarzweiler, ob sie das Schreiben seiner Fraktion vernichtet habe.

Frau Şahin-Schwarzweiler bejaht dies.

Herr Klucke bittet darum, Herrn Buttler einen anderen Platz zuzuweisen, um ihn nicht weiter der Störung durch das Publikum auszusetzen.

Herr Kühnapfel lehnt dieses Ansinnen ab, da dann jemand anderes auf dem Platz durch die Störungen aus dem Publikum betroffen sein wird.

Herr Schulz: Die Bürger von Schöneiche und Kallinchen sind mit der Veränderung der Buslinien nicht zufrieden. Insbesondere an Wochenenden ist die Erreichbarkeit nicht mehr gegeben. Die Leute kommen nicht mehr auf direktem Weg zum Bahnhof nach Königs Wusterhausen oder Bürger müssen 500 oder 600 Meter zum Umsteigen laufen, was für ältere Bürger eine Zumutung ist. Der Badebus vom Bahnhof Königs Wusterhausen oder von Zossen ist komplett entfallen.

Herr Kühnapfel: Die Verwaltung arbeitet daran, die Linien zu verändern und zu verbessern.

9 Beschlussvorlagen

9.1 Offenlagebeschluss für den Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Zossen

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die fraglichen Punkte wurden weitestgehend im BBW geklärt. Der Unternehmer hatte sich an die Stadtverordneten gewandt und Unterlagen zur Verfügung gestellt hinsichtlich der Haftungsfragen. Laut der Rechtsauskunft der Kanzlei hat die Stadt keinen Regress zu befürchten. Mit der Rückabwicklung des Kaufvertrages muss gerechnet werden, das kann sich auch positiv auf die Stadt auswirken. Die Entwicklung des INSEK sollte abgewartet werden. Der Vorschlag ist, den FNP vorerst so zu belassen, wie er jetzt ist.

Herr Hummer: Das Grundstück wurde als Bauland verkauft, wir kaufen es jetzt wieder zurück und sind bereit dort Wald umzuwandeln. Gleichzeitig sind wir bereit, Wälder für Windräder zu opfern.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Kaufvertrag stellte lediglich in Aussicht, dass

es Bauland werden kann. Momentan ist dort Wald als Ausgleichsfläche vorgesehen. Für zukünftige Baumaßnahme benötigt die Stadt eigene Ausgleichsflächen, z. B. für die Nordumfahrung und Radwege. Derzeit stehen der Stadt nicht viele Flächen für Ausgleiche zu Verfügung und zum Teil müssen diese teuer eingekauft werden.

Herr Preuß: Wir hatten einmal für einen Parkplatz Wald gerodet, wurde diese Fläche wieder aufgeforstet?

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die Fläche wird wieder aufgeforstet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. den vorliegenden Entwurf mit den dargestellten Änderungsflächen zur Offenlage ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt und deren ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt

und

3. die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange parallel zur Offenlage.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X		
Herr Buttler	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik	X		
Herr Heinen	X		
Herr Hummer	X		
Herr Just	X		
Herr Käthe	X		
Herr Klucke	X		
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister	X		
Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey	X		
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß		X	
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-Schwarzweiler	X		
Herr Sloty	X		
Herr von Lützow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 22 / 1 / 0			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

22	1	0
----	---	---

9.2 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan "Am Telzer Weg" im GT Dabendorf

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Investor hatte mit allen Fraktionen gesprochen, sollte es darüber hinaus noch Fragen geben, stünde er heute Abend hierfür zur Verfügung.

Herr Klucke: hat bereits in den Ausschüssen erklärt, dass ihm sich die Inanspruchnahme der Flurstücke 125 und 126 nicht erschließt, trotzdem wird er der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Käthe: Baut die Stadt die Kita, oder baut der Investor?

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Investor wird die Kita bauen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Telzer Weg“ im vereinfachten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) und deren ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 2 (1) BauGB.

Und

2. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB sowie deren ortsüblichen Bekanntmachungen im Amtsblatt.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X		
Herr Buttler	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik	X		
Herr Heinen	X		
Herr Hummer	X		
Herr Just	X		
Herr Käthe	X		
Herr Klucke	X		
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister	X		
Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey	X		
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß	X		
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-	X		

Schwarzweiler			
Herr Sloty	X		
Herr von Lützow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 23 / 0 / 0			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			
Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
23	0	0	

9.3 Befreiung von den Festsetzungen des Vorhaben- und Erschließungsplanes "Töpchiner Weg"

Frau Şahin-Schwarzweiler: Im BBW ist das Votum negativ ausgefallen, da man sich keine PV-Anlage, jedoch ein BHKW vorstellen konnte.

Herr Wollgramm: Der Beschlussvorschlag kann in der vorliegenden Form nicht akzeptiert werden, es werden Ausnahmen festgelegt, ohne dass neue Festlegungen getroffen werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. die Befreiung von der vorgegebenen Baukörpergestaltung,
2. die Befreiung von der vorgegebenen Drempelerhöhung,
3. die Befreiung von der vorgesehenen Dachneigung,
4. die Befreiung von den erlaubten Vollgeschossen für die Flurstücke 453, 454, Flur 5 in der Gemarkung Zossen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke		X	
Herr Buttler		X	
Herr Czesky		X	
Herr Gurczik		X	
Herr Heinen		X	
Herr Hummer		X	
Herr Just		X	
Herr Käthe			X
Herr Klucke		X	
Herr Kniesigk			X
Frau Küchenmeister		X	
Herr Kühnapfel			X
Herr Leisten		X	
Herr Magasch		X	
Herr Manthey		X	
Herr Njammasch		X	
Herr Preuß		X	
Herr Reimer			X
Herr Schulz		X	
Frau Şahin-Schwarzweiler		X	

Herr Sloty		X	
Herr von Lützwow			X
Herr Wollgramm		X	
Abstimmung: 0 / 18 / 5			
Die Beschlussvorlage wurde nicht angenommen.			
Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	
0	18	5	

**9.4 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 27.10.2022
eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.10.2022: 112/22
Änderung der Geschäftsordnung zum Thema Rederecht für
Ortsvorsteher der Stadt Zossen**

Herr Manthey: Der Antrag hat in den Ausschüssen zu kontroversen Diskussionen geführt. Das Rederecht ist zwar in der Kommunalverfassung verankert, wird hier aber nicht gelebt. Stadtverordnete, die gleichzeitig Ortsvorsteher sind, können die Probleme ihrer Ortsteile ansprechen. Hiermit soll auch den anderen Ortsvorstehern die Möglichkeit eingeräumt werden, sich Gehör zu verschaffen.

Herr Reimer: Es ist nicht notwendig, die Geschäftsordnung zu verändern, sie ist so, wie sie ist, gut. Das Rederecht ist in der Kommunalverfassung verankert.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die Geschäftsordnung ist nicht gut, sonst müssten wir sie nicht in diversen Sitzungen ändern. Besonders problematisch ist die nach wie vor fehlende Einwohnerbeteiligungssatzung. Die vorgeschlagene Änderung wird abgelehnt, Stadtverordnete haben eine andere Stellung als Ortsvorsteher. Genau genommen dürfte es auch keine Einwohnerfragestunde geben, da dieses laut GO in der Beteiligungssatzung geregelt ist. Eine solche Beteiligungssatzung haben wir aber bis dato nicht.

Herr Just: Geltendes Recht muss umgesetzt werden. Er hat als Ausschussvorsitzender immer ein Rederecht eingeräumt. Dieser Antrag ist nicht notwendig.

Herr Schulz: weist als einer der Angesprochenen darauf hin, dass der Ortsvorsteher in allen Belangen des Ortsteils ein Rederecht hat. Als Stadtverordneter ist man auch dazu verpflichtet, bestimmte Sachen anzusprechen, das kann niemandem zum Vorwurf gemacht werden.

Herr Blanke: Es handelt sich hier in rechtlicher Frage um eine politische Entscheidung. § 47 BbgKVerf führt eindeutig zum Rederecht des Ortsvorstehers aus. Jeder Ortsvorsteher dieser Stadt kann sich auch als Bürger dieser Stadt in der Einwohnerfragestunde äußern.

Herr Gurczik: Wir erleben oft genug, dass die Stimmen der Ortsvorsteher nicht gehört werden.

Herr Hummer: Im Hauptausschuss bekommen alle Stadtverordneten und Ortsbeiräte Rederecht. Es geht in einem Ausschuss darum, Wahrheiten und Gemeinsamkeiten zu finden. Wenn ein Ortsvorsteher ein Problem hat, dann muss er das auch zur Sprache bringen können, warum soll dieser schlechter gestellt sein, als andere Ortsvorsteher, die Stadtverordnete sind?

Herr Njammasch: In den Ausschüssen gibt es Kompromisse sowohl zum Rederecht der Ortsvorsteher, als auch zum Rederecht von Stadtverordneten, die keine Ausschussmitglieder sind. Wenn sich ein Ortsvorsteher einbringt, hat niemand ein Problem damit. Es ist nicht notwendig, einen solchen Beschluss zu fassen.

Herr Kühnapfel: zitiert aus einer rechtlichen Stellungnahme der Verwaltung: Betrifft der Tagesordnungspunkt Angelegenheiten des betreffenden Ortsteiles, bejaht man das Rederecht, ansonsten besteht kein Rederecht.

Herr Just: Wenn der Ortsvorsteher das für seinen Ort macht, ist es auch eine Muss-Regelung.

Herr Schulz stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte, Ende der Rednerliste und Abstimmung.

Herr Blanke: Das kann er so nicht machen, er hat bereits zur Sache gesprochen.

Herr Kühnapfel: Das ist zwar so etliche Male gelehrt worden hier, stimmt so nicht. Ich habe mich dahingehend belesen, es gibt diesen Passus nicht. Auch wenn jemand fünf Mal zu einem Tagesordnungspunkt gesprochen hat, kann er hier den Antrag stellen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird wie folgt abgestimmt: 18 / 3 / 2

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die Geschäftsordnung zu ändern. Bei öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung soll der Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder und Stadtverordneten“ geändert werden. Der neue Tagesordnungspunkt lautet dann: „Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder, Stadtverordneten und Ortsvorsteher“.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X		
Herr Buttler		X	
Herr Czesky		X	
Herr Gurczik	X		
Herr Heinen			X
Herr Hummer	X		
Herr Just		X	
Herr Käthe			X
Herr Klucke	X		
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister	X		
Herr Kühnapfel		X	
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey	X		

Herr Njammasch		X	
Herr Preuß		X	
Herr Reimer		X	
Herr Schulz		X	
Frau Şahin-Schwarzweiler		X	
Herr Sloty		X	
Herr von Lützow		X	
Herr Wollgramm		X	
Abstimmung: 9 / 12 / 2			
Die Beschlussvorlage wurde nicht angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	12	2

9.5 Antrag der Fraktion VUB-WK/ Bündnis 90 - Die Grünen/ CDU vom 26.11.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen am 28.11.2022: Änderungsantrag zum Antrag 116/22 „Schulgarten mal anders“ 128/22

Herr Reimer: Ursprünglich sollte der Antrag ein Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Wir für Zossen (WfZ) werden. Da die Fraktion aber einen Änderungsantrag ablehnte, musste dieser Antrag gestellt werden. Wir wollen eine Förderung für alle Schulen der Stadt zur Verfügung stellen. 20.000 € sind sicherlich nicht für alle Schulen ausreichend.

Frau Küchenmeister: Sind die 20.000 € für beide Jahre oder 10.000 € pro Jahr? Die Bezugnahme auf den WfZ-Antrag soll herausgenommen werden.

Herr Reimer: Die 20.000 € sind ein Budget für beide Jahre. Sollte das Budget nicht ausreichen, behält sich die Stadtverordnetenversammlung vor, dieses Budget zu erhöhen.

Frau Küchenmeister: Der Kämmerer muss wissen, wie die Kosten einzuplanen sind (jährlich), Stichwort Investitionsliste.

Herr Kühnapfel: Das mag ein Wunsch sein, spielt für diesen Antrag jedoch keine Rolle. Die 20.000 € sollen im Haushalt sein und wenn die Anträge vorliegen und darüber entschieden wurde, dann wird das Geld auch ausgegeben, ob nun in 2023 oder 2024.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Antrag wurde noch nicht ausdiskutiert. 20.000 € sollen für alle Schulen eingestellt werden und die Schulen sollen sich bewerben. Wenn mehr Anträge eingehen, als das Budget hergibt, kann die Summe auch noch über einen Nachtrag erhöht werden.

Herr Leisten: Der Antrag hätte in die Ausschüsse gemusst. Der andere Antrag war schon seit Monaten in den Ausschüssen. Wir geben mit diesem Antrag Gelder für nicht beantragte Sachen frei. Es wurde nur von einer Schule der Wunsch geäußert, einen Schulgarten zu bilden. Wenn eine Schule einen Schulgarten möchte, dann möge sie diesen bitte beantragen. Dieser Antrag ist eine Nebelkerze.

Herr Kühnapfel: Der Antrag ist keine Nebelkerze, auch von der Gesamtschule Dabendorf liegt kein Antrag vor.

Frau Küchenmeister: Es scheint einen Abgeordneten und der Rathauspitze nicht zu gefallen, dass hier ein gemeinsamer Antrag von Schule und Fraktion WfZ eingereicht worden ist, an dem seit über einem Jahr gearbeitet wird. In der Beratung gab den Hinweis, dass der vorherige Antrag nicht konkret genug war und wir mit der Schule in die Beratung gehen sollten. Die Fraktion VUB/B90-Grüne/CDU versucht mit ihrem Antrag, die 20.000 € zu blocken, die die Fraktion WfZ für ihren Antrag benötigt. Die Verwaltungsleitung versucht zu politisieren. Der Fraktionsvorsitzende kümmert sich erst jetzt um die Goetheschule, weil sein Kind dort zur Schule geht. Es wird hier versucht, den Antrag der WfZ wegzuwischen.

20:46 Uhr erscheint Frau Czech, es sind 24 Stadtverordnete anwesend.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die Schulleitung hat sich an die Verwaltung gewandt und gesagt, dass sie nicht in politische Grabenkämpfe verwickelt werden möchte. Das Projekt um den Antrag der Fraktion WfZ ist noch nicht spruchreif. Das Problem mit den Bienen ist nicht geklärt.

Herr Kühnapfel zitiert aus der E-Mail des Schulleiters der Gesamtschule: Die Schule wurde für politische Zielsetzungen ausgenutzt (wurde zu letzten Sitzung verteilt).

Herr Reimer: Es geht nicht darum, der Fraktion WfZ etwas wegzunehmen. Der Antrag ist schlichtweg nicht umsetzbar. Hier in der SVV wurden schon mehrere Schulgärten beschlossen, das Problem bei allen Schulgärten ist immer die Betreuung. Im Übrigen gehören solche Projekte eher an eine der Grundschulen.

Herr Njammasch: In den Beratungen im Ausschuss konnte man erkennen, dass die Schüler der Schule nicht für diesen Antrag "brennen". Es ist heute auch keiner der betroffenen Schüler hier.

Herr Hummer: Bittet um Versachlichung der Diskussion. Die Behauptung, die Schulleitung sei gezwungen worden, diese Stellungnahme abzugeben, ist nicht haltbar. Der Inhalt der Mitteilung ist jedoch für die Stadtverordneten relevant. Er schlägt vor, über beide Anträge später zu entscheiden, nachdem diese im SJBS bearbeitet wurden. Danach kann geschaut werden, was umgesetzt werden kann und die entsprechenden Kosten ermittelt.

Herr Wollgramm: Bereits zum Zeitpunkt des damaligen Antrages hatte er darauf hingewiesen, dass es nur ein Konzept von Schule und Lehrern war. Es sollte ein pädagogisches Konzept entwickelt werden, das ist nicht erfolgt. Bei der Vorstellung der Idee war lediglich eine Lehrkraft da, kein einziger Schüler. Die Verwaltung soll ein Projekt quasi "von oben" umsetzen, das ist das, was immer bemängelt wird.

Herr Schulz: Wir sitzen hier, um den Weg zu bereiten, dass die Schulen ihre schulische Arbeit verbessern und den Lehrplan erweitern können. Den entsprechenden Antrag muss die Schule dann auch selbst stellen. Es ist richtig, hier ein Zeichen zu setzen, dass Geld zur Verfügung gestellt wird.

Frau Şahin-Schwarzweiler stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung hierzu: 15 / 6 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Ein Budget von 20.000 € in den HH 2023/24 einzustellen.
2. Antragsberechtigt sind Schulen und Fördervereine für Projekte zur Verbesserung oder Herstellung von Biotopen, Schulgärten oder Obstgärten und Blühwiesen.
3. Diese Förderung ist für alle Schulen der Stadt Zossen zugänglich.
4. Die Stadtverordnetenversammlung behält sich eine Erweiterung des Budgets bei hoher Nachfrage vor.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X
Herr Buttler	X		
Frau Czech	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik		X	
Herr Heinen			X
Herr Hummer		X	
Herr Just	X		
Herr Käthe			X
Herr Klucke		X	
Herr Kniesigk			X
Frau Küchenmeister		X	
Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten		X	
Herr Magasch		X	
Herr Manthey		X	
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß	X		
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-Schwarzweiler	X		
Herr Sloty	X		
Herr von Lützow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 13 / 7 / 4			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	7	4

Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 07.12.2022

9.6 eingegangen bei der Stadt Zossen am 29.11.2022: Antrag 116/22/01 auf Schaffung eines Schulgartens „mal anders“

Frau Küchenmeister: Es sind heute viele Informationen gekommen, die auch schon letztes Jahr hätten angebracht werden können. Auch hätte dann schon ein entsprechender Antrag formuliert werden können. Sie versteht die

Blockade nicht, die Schule hat sich sehr viel Mühe gegeben. Der Schulträger, also Frau Şahin-Schwarzweiler, ist sauer, weil mit ihr nicht gesprochen wurde. Jetzt wird sich hinter ganz vielen anderen Dingen versteckt. Es ist völlig klar, dass sich die Schulleitung aus dem Projekt zurückzieht, nachdem diese gemerkt haben, dass sie zwischen die politischen Fronten geraten ist.

Herr Buttler: Die Kinder wurden gar nicht befragt, die kannten die Idee gar nicht. Auch ist heute kein einziger Schüler hier anwesend. Die Schulküche wurde lediglich am Tag der Eröffnung genutzt und die CNC-Fräse und der 3-D-Drucker noch gar nicht. Diese Projekte konnten aufgrund des Lehrkräftemangels noch nicht umgesetzt werden. Wie soll dann dieses Projekt betreut werden? Ein Biotop muss eingezäunt werden, allein dafür würden die 20.000 € aufgebraucht. In der alten Schule gab es bereits ein Biotop, zu dem die Kinder keinen Zutritt hatten. Weitere Bedenken bestehen hinsichtlich Bienen, es gibt auch allergische Kinder. Dieses Projekt gehört nicht an diese Schule, hier haben die Schüler andere Möglichkeiten.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Herr Hummer hat ausgeführt, dass Frau Küchenmeister für dieses Projekt gebrannt hat und an die Schule herantreten ist. Der Antrag ist seitens des Einreichers politisiert worden. Der Schulleiter sagt, dass das Projekt noch gar nicht so weit ist und er auf den Träger zugekommen wäre, wenn die Kosten bekannt seien.

Frau Czech stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste.

Abstimmung hierzu: 22 / 1 / 1

Herr Reimer: Keiner bestreitet, dass die Idee gut ist. Deshalb haben wir ja auch unseren Antrag gestellt. Über diesen Beschluss kann auch die Gesamtschule ihr Projekt durchführen. Ihr Antrag ist in der vorliegenden Form nicht beschlussreif.

Herr Wollgramm: Eine Schule wird durch ein pädagogisches Konzept getragen. Wenn ein solcher Antrag kommt, dann kommt er von der Schule oder den Schülern.

Herr Käthe: Man kann das Projekt nicht als Schulgarten bezeichnen. Der Antrag sollte von der Schule kommen.

Herr Njammasch: sieht es auch so, dass der Antrag von der Schule kommen sollte.

Herr Hummer: Hat sich bei mehreren Gärtnern und Gartenbaufirmen erkundigt, die angesetzten Kosten stehen mit den zu erwartenden Kosten in keinem Verhältnis. Darüber hinaus kann man einer solchen Vorlage nicht zustimmen, wenn die Schulleitung nicht voll dahinter steht.

Herr Preuß: Versteht das Unbehagen der einreichenden Fraktion, weil ein anderer weiterreichender Antrag beschlossen wurde. Das jetzige Projekt kann auch über den anderen, jetzt beschlossenen Antrag, realisiert werden. Inhaltlich sind wir auf einem guten Weg und es ist wichtig, dass jetzt allen Schulen die Möglichkeit eröffnet wird.

Herr Kühnapfel fragt die einreichende Fraktion, ob sie auf eine Abstimmung besteht oder den Antrag zurückziehen möchte.

Frau Küchenmeister bittet um Abstimmung.

Beschluss:

..., die Verwaltung zu beauftragen das Schulprojekt - wie in der beigefügten Anlage beschriebenen - an der neuen Gesamtschule in Dabendorf in Höhe von 20 T€ zu unterstützen. Sollten darüber hinaus Tätigkeitenübernahmen des Bauhofes (zB. Erdaushub für Teich, etc.) möglich sein, sind auch diese in Absprache mit der Schulleitung zu realisieren.

Die Größe, die Nutzung und auch die dazu notwendige weitere Ausstattung wurde mit der Schule/den Lehrern in Kombination mit den SuS bereits geplant und ist in der weiteren Umsetzung eng mit der Schule/Schulleitung detailliert abzusprechen.

Die SVV ist durch den SJBS-Ausschuss über die Umsetzungsschritte zu unterrichten.

(mögliche) Kosten: 20 T€

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X
Herr Buttler		X	
Frau Czech		X	
Herr Czesky		X	
Herr Gurczik	X		
Herr Heinen		X	
Herr Hummer			X
Herr Just	X		
Herr Käthe			X
Herr Klucke		X	
Herr Kniesigk			X
Frau Küchenmeister	X		
Herr Kühnapfel		X	
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey	X		
Herr Njammasch		X	
Herr Preuß		X	
Herr Reimer		X	
Herr Schulz		X	
Frau Şahin-Schwarzweiler		X	
Herr Sloty		X	
Herr von Lützwow		X	
Herr Wollgramm		X	
Abstimmung: 6 / 14 / 4			
Die Beschlussvorlage wurde nicht angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	14	4

Um 21:33 Uhr stellt Herr Reimer einen Geschäftsordnungsantrag auf Weiterführung der Sitzung bis TOP 17 auch über 22:00 Uhr hinaus.

Abstimmung hierzu: 15 / 5 / 4

Antrag der Fraktion Die Linke/ SPD vom 07.11.2022**9.7****eingegangen bei der Stadt Zossen am 10.11.2022:****123/22****Ehrenamtliche Untertsützung der Kita-Erzieher*Innen bei der Beaufsichtigung der Kinder**

Herr Wollgramm: Die Beschlussvorlage hat sich im Prinzip erledigt, die Verwaltung hat geprüft was Eltern möglich ist. Er bittet um grundsätzliche Zustimmung.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Viele Punkte wurden bereits in den Ausschüssen geklärt, die Einsatzmöglichkeiten sind weitestgehend im nicht pädagogischen Bereich. Die Leiterinnen entscheiden über den Einsatz selbst.

Frau Küchenmeister verlässt um 21:40 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Verwaltung möge prüfen, ob Eltern ehrenamtlich in Zusammenarbeit mit den Erzieher*Innen die Beaufsichtigung von Kindern in den Kita´s der Stadt unterstützend wahrnehmen dürfen.
2. Die Verwaltung wird den Kitaleitungen der Stadt die Ergebnisse der Prüfung (aus Nr.1) vorstellen und bei einer möglichen Inanspruchnahme von Eltern für die Beaufsichtigung der Kinder unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X
Herr Buttler	X		
Frau Czech	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik			
Herr Heinen	X		
Herr Hummer			X
Herr Just	X		
Herr Käthe			X
Herr Klucke	X		
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister			
Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten			X
Herr Magasch	X		
Herr Manthey		X	
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß	X		
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-Schwarzweiler	X		
Herr Sloty	X		

Herr von Lützwow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 17 / 1 / 4			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	1	4

**9.8 Antrag der Fraktion Die Linke /SPD vom 10.11.2022
eingegangen bei der Stadt Zossen am 10.11.2022: 124/22
Verbesserung der Raumakustik im großen Saal des
Bürgerhauses Wünsdorf**

Herr Wollgramm: Die Beschlussvorlage ist ein Prüfauftrag, der zum Teil bereits abgearbeitet wurde. Das Problem kann technisch gelöst werden, indem zwei Lautsprecher fest installiert und zwei Akustik-Stellwände aufgestellt werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Wir müssen prüfen lassen, was das kostet und ob eine Deckung im Haushalt vorhanden ist.

Herr Klucke: Der Antrag wurde im RSO zurückgezogen und es wurde sich darauf verständigt, diesen im BBW zu beraten.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Antrag wurde im RSO zurückgezogen, weil er inhaltlich nicht in den Ausschuss passte. Die Verweisung in den Ausschuss ist nicht protokolliert. Die Ergebnisse der Prüfung durch die Verwaltung können gerne im BBW besprochen werden.

Herr Sloty: Der Antrag hatte im RSO nicht zu suchen, im BBW sollte später darüber diskutiert werden, ob man da baulich etwas machen kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt die raumakustische Prüfung des großen Saals des Bürgerhauses Wünsdorf, mit dem Ziel der Verbesserung der Raumakustik im Besonderen der Sprachverständlichkeit bei Veranstaltungen sowie Ausführung dazu notwendiger, ggf. baulicher Veränderungen in diesem Saal durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke	X		
Herr Buttler	X		
Frau Czech	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik			
Herr Heinen	X		
Herr Hummer	X		
Herr Just	X		
Herr Käthe	X		
Herr Klucke		X	
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister			

Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey		X	
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß	X		
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-Schwarzweiler	X		
Herr Sloty	X		
Herr von Lützow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 20 / 2 / 0			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	2	0

Antrag der Fraktion VUB-WK/ Bündnis 90 - Die Grünen/ CDU vom 28.11.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen
9.9 am 28.11.2022: Antrag zur Schulwegsicherung 129/22
Bushaltestelle Motzener Straße/Ringstraße im OT Kallinchen

Herr Schulz bittet um Fehlerbehebung in der Begründung. Im Satz 2 ist Bundesstraße in Landesstraße zu ändern.

Herr Blanke: Warum wurde der Antrag nicht vorher im RSO beraten? Es ist keine Dringlichkeit im Beschluss dargelegt und die Deckung der finanziellen Mittel ebenfalls nicht. Ferner ist die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung nicht Aufgabe der Stadt. Die Behandlung in den zuständigen Ausschüssen wird angeregt.

Frau Şahin-Schwarzweiler: Der Bauhof ist bereits mehrfach tätig geworden. Die Reparatur der Beleuchtung ist im Haushalt abgedeckt. Die Geschwindigkeitsbegrenzung wurde bereits mehrfach diskutiert, die Punkte für die Verwaltung sind klar, eine weitere Ausschussbeteiligung ist nicht notwendig.

Herr Schulz: Das Problem ist schon so lange bekannt, wie er hier Stadtverordneter ist, ist Thema auf jeder Ortsbeiratssitzung. Wenn die Angelegenheit jetzt noch von einem Ausschuss in den nächsten verwiesen wird, machen wir uns lächerlich.

Herr Manthey: Der Antrag kommt tatsächlich fast jedes Jahr. Aber die Verwaltung möchte in der Trebbiner Straße in Dabendorf die Beleuchtung nicht reparieren, weil das Netz zu alt ist und im Schwarzen Weg von der Goethe- zur Brandenburger Straße wird die Beleuchtung ebenfalls nicht repariert. Der Rad- und Gehweg von Schünow nach Horstfelde wird nicht gebaut, weil er nicht gebaut werden kann. Es wird beantragt, den Antrag in die Ausschüsse RSO und BBW zu verweisen.

Herr Reimer bittet um Abstimmung in der Sache, der Mangel ist schnellstmöglich abzustellen, insbesondere hinsichtlich der Beleuchtung und der Geschwindigkeitsbegrenzung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Herstellung eines Gehweges
2. Reparatur der Beleuchtung
3. Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	Ent.
Herr Blanke			X
Herr Buttler	X		
Frau Czech	X		
Herr Czesky	X		
Herr Gurczik			
Herr Heinen	X		
Herr Hummer	X		
Herr Just	X		
Herr Käthe	X		
Herr Klucke			X
Herr Kniesigk	X		
Frau Küchenmeister	X		
Herr Kühnapfel	X		
Herr Leisten	X		
Herr Magasch	X		
Herr Manthey			X
Herr Njammasch	X		
Herr Preuß	X		
Herr Reimer	X		
Herr Schulz	X		
Frau Şahin-Schwarzweiler	X		
Herr Sloty	X		
Herr von Lützow	X		
Herr Wollgramm	X		
Abstimmung: 20 / 0 / 0			
Die Beschlussvorlage wurde angenommen.			

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	0	3

10 Sitzungskalender 1. Halbjahr 2023

Frau Şahin-Schwarzweiler: Die SVV am 18. Januar wurde bereits abgesagt, weil eben vorher keine Ausschüsse getagt haben. Der restliche Kalender ist weitestgehend abgestimmt worden. Gegebenenfalls müssen weitere Ausschüsse eingeschoben werden, wie im Januar z. B. der RSO.

Herr Kühnapfel: Der 18. Januar ist bei den letzten Diskussionen schon gestrichen worden. Der vorliegende Sitzungskalender ist nur ein Anhaltspunkt, kein Beschluss. Die Verwaltung soll den Sitzungskalender noch einmal verteilen. Änderungswünsche sind schriftlich einzureichen und werden dann diskutiert.

Herr Manthey: Die SVV im Januar wäre sinnvoll für die vielen Anträge die direkt in die SVV gehen, ohne vorher in den Ausschüssen abgestimmt worden

zu sein. Näheres hierzu noch im nichtöffentlichen Teil.

Herr Kühnapfel: Tatsächlich nimmt das in letzter Zeit überhand, dass Beschlussvorlagen direkt in die SVV gegeben werden. Er bittet darum, die Anträge erst in die Ausschüsse zu geben. Wenn erneut solche Anträge eingehen, wird er das gegenüber den Einreichern ansprechen.

Herr Käthe: Wie steht der Vorsitzende dazu, dass in letzter Zeit grundsätzlich die SVV-Sitzungen an zwei Tagen abgehalten werden? Früher war das die absolute Ausnahme.

Herr Kühnapfel: Das Problem ist die Vielzahl der Anträge. Er kann grundsätzlich auch zu nur einer Sitzung einladen und wenn abzusehen ist, dass die Tagesordnung nicht geschafft werden kann, entweder einen neuen Termin abstimmen lassen oder die übrigen Punkte in die nächste reguläre Sitzung verschieben.

Frau Şahin-Schwarzweiler: In der SVV wird sehr viel diskutiert, es gibt keine Abstimmungsdisziplin und die Arbeit wird nicht in den Ausschüssen gemacht. Die Verwaltung darf nicht zur Folgesitzung einladen, diese muss im Gremium beschlossen werden. Die Fortführungssitzungen des Kalenders sind Vorschläge der Verwaltung.

11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Kühnapfel schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22.09 Uhr, es folgt eine Pause von fünf Minuten.

Hermann Kühnapfel
Vorsitz

Robert Gottlick
Protokoll